

Bisher erschienen: Zusammenstellung Nr. 1
vom Januar 1994

NR. 2

Einige Flugblätter und Diskussionsbeiträge aus dem Zeitraum April 1996 bis 20.2.1997

Zusammengestellt und kommentiert April 1997

V.I.S.d.P. : K. Lehmann c/o M93 Marzuffelstr. 06 10437 Berlin

- 1. Einige Gedanken zur Bundeswehr
Mitte April 1996**
- 2. Einige Gedanken zum rassistischen Überfall in Mahlow
Ende Juli 1996**
- 3. Soll das Demokratie sein
Altes Flugblatt vom 1.5.1995 sowie aktueller Anhang vom
September 1996**
- 4. Diskussionspapier zum verhinderten Naziaufmarsch in Hellersdorf am
15.2.1997
vom 18.2.1997**
- 5. Einige Gedanken zur Gewalt
Untertitel: Appell an die fortschrittlichen Menschen in den Gebieten der
ehemaligen DDR
vom 20.2.1997
Auszug aus einem Flugblatt von April 1993 sowie Stellungnahme
zu aktuellen Ereignissen**

**Bisher erschienen: Zusammenstellung Nr.1
vom Januar 1996**

**Inhalt : Flugblätter aus dem Zeitraum
September/Oktober 1992 bis August 1995**

V.i.S.d.P. : K.Lehmann c/o M99 Manteuffelstr. 96 10997 Berlin

Anmerkung zum Flugblatt von Mitte April 1996

In diesem Flugblatt haben wir schon versucht diese merkwürdige Haltung von solch staatstragenden Linken wie Jusos oder PDS zum Militär in der Bundesrepublik zu beleuchten.

Anläßlich des Militäreinsatzes in Albanien von Mitte März , wird für uns die Heuchelei dieser Leute nochmals deutlich. Wäre das nicht ein gravierender Anlaß für Protest gewesen.

Ohne Erlaubnis Albaniens und auch ohne Erlaubnis des deutschen Parlaments dringen Kräfte der Bundeswehr in Albanien ein und schießen auf albanische Menschen.

Es ist nicht bekannt ,daß sich deutsche Staatsangehörige in Albanien in akuter Gefahr befanden, darüber wurde nichts berichtet. Es ist aber erkennbar, daß sie im Zuge der " Rettungsaktion " in Gefahr gerieten.

Im Anhang an dieses Flugblatt behandeln wir die Massaker der Zionisten an der libanesischen Zivilbevölkerung in diesem Zeitraum. Die weitere Entwicklung in Palästina bestätigt unsere Einschätzung , daß die Zionisten Sklaven wollen aber keine Friedenspartner.

Arafats Position wird immer wackliger, seine eigentliche Rolle als Polizist der Zionisten (und damit praktisch des US-Imperialismus) wird immer deutlicher. Es ist kaum zu glauben ,daß er die Mehrheit des palästinensischen Volkes und der fortschrittlichen Menschen jüdischen Glaubens noch lange hinters Licht führen kann.

Und auch einige Führer von Staaten des Nahen Ostens die relativ stark mit dem US-Imperialismus paktiert haben, sind aufgrund der Empörung in ihren Völkern gezwungen , ihre Position zu ändern.

Es ist nur zu hoffen, daß dieses betrügen der Völker des Nahen Ostens in erster Linie durch den US-Imperialismus demnächst endgültig scheitert.

EINIGE GEDANKEN ZUR BUNDESWEHR

Anläßlich einer Ankündigung von öffentlicher Rekrutenvereidigung für Ende Mai 1996.

Militaristisches Gehebe und Gepränge ist unerträglich und die Wahrscheinlichkeit, daß dies ein großer Teil unserer Bevölkerung so sieht ist äußerst hoch. Nicht umsonst agieren die Liebhaber dieser nekrophilen Darstellungsweise so vorsichtig, Bremen im Mai 1980 steckt ihnen noch furchtbar in den Knochen. Damals sind breite Teile der Bevölkerung massiv gegen eine öffentliche Rekrutenvereidigung vorgegangen, das hat lange, im Grunde scheinbar bis heute seine Wirkung gehabt.

Was lassen sie denn hochleben in ihren Zurschaustellungen, es ist doch das Reaktionäre, das Antidemokratische, der Kadavergehorsam, was sie entweder verbrämen oder direkt hochjubeln. Sie werden doch nicht die revolutionären Matrosen und Soldaten von 1918 ehren, und auch nicht die Wehrmachtssoldaten des 2. Weltkrieges, die sich verantwortungsbewußt auf die Seite der fortschrittlichen Kräfte geschlagen und gegen den Nazifaschismus gekämpft haben, einige von den Deutschen, die eigentlich Deutschland verteidigt haben.

Welchen Sinn sollen diese militaristischen Spektakel nun eigentlich haben?

Immer offensichtlicher wird ja inzwischen, daß diese ganze herrschende Gedöns von CDU/SPD/FDP/GRÜNE/PDS mit ihrem Latein am Ende sind, dieses ganze kapitalistische Gesellschaftssystem bricht immer mehr in sich zusammen und die Bonzen der bürgerlichen Politikrichtungen stehen daneben und überlegen verzweifelt, wie sie retten können was noch zu retten ist.

Einige dieser Elemente gehen dabei scheinbar schon den Weg, der ihnen als letzte Lösung erscheint, eventuell alles wieder durch Krieg ein Stück zurückzuprügeln. Dazu gehört dann auch das Gewöhnen der Bevölkerung an militaristische Spektakel, und das unter Strafe stellen der Kritik am Militarismus. Wenn das "Mördergesetz" (mit dem Zitat können wir uns übrigens auch nicht anfreunden) dies nicht schon beinhaltet, so werden mit Sicherheit weitere Versuche folgen, öffentliche Kritik an militaristischen Entwicklungen zu unterbinden. Teilweise geschieht das ja schon massiv, wenn man sich ansieht, daß weite Stadtgebiete zu wahren Heerlagern von Polizei und Bundeswehropolizei gemacht werden, in denen aber auch nicht die kleinste kritische Äußerung gegen z.B. öffentliche Rekrutenvereidigung oder "Großer Zapfenstreich" geduldet wird. Wenn man sieht, daß Menschen, die sich solch MILITÄRISCHEN ZONEN nähern, sich einer entwürdigenden und beleidigenden Behandlung sondergleichen unterziehen sollen, so stellt sich tatsächlich die Frage, was das mit Demokratie, die doch hier angeblich herrschen soll, zu tun hat, da fallen einem eher andere Begriffe ein.

Wir möchten hier einige grundsätzliche Klarstellungen über unsere Haltung zur Bundeswehr einfügen.

Im Gegensatz zu einigen hier als Linke auftretende Kräften, sind wir in unseren Diskussionen zu dem Ergebnis gekommen: "Jeder Staat muß die Möglichkeit haben sich gegen einen ungerechtfertigten Überfall zu wehren" und "Eine Armee zusammengesetzt aus allen Teilen der Bevölkerung ist allemal besser als eine Berufsarmee"

Wir meinen damit, daß eine Armee, die sich zu einem beträchtlichen Teil aus Angehörigen der unteren Schichten zusammensetzt, muß einen gänzlich anderen Charakter haben wie eine Berufsarmee. Und sollte in Zukunft wieder mal jemand meinen Militär gegen die Bevölkerung einsetzen zu "müssen", oder andere Völker zu bedrohen oder zu überfallen, wie es ja leider in unserer Geschichte vorgekommen ist, kann er sich des Verhaltens einer solchen Armee weitaus weniger sicher sein.

Außerdem lehrt die Geschichte, daß es durchaus von Nutzen ist, wenn gerade die unteren Schichten der Bevölkerung den Umgang mit Waffen und militärische Kenntnisse erlernen. Dies alles wäre nicht gegeben, wenn man die notwendige Verteidigung von SÖLDNERN gewährleisten lassen wollte.

Damit hier keine Zweifel aufkommen, wir sind uns schon darüber im klaren, daß in einem Staat wie dem unseren und mit dieser Geschichte, scharf aufgepaßt werden muß, damit nicht Kräfte Oberwasser bekommen, die es nicht bekommen dürfen, denen muß notfalls rigoros auf die Pfoten gehauen werden, wozu auch dieses Blatt einen Beitrag leisten soll.

Nur das kann im Umkehrschluß nicht heißen, solch ein imperialistischer Staat darf keine Armee haben, es kommt doch immer auf die konkrete Situation an. Wie der 2. Weltkrieg gezeigt hat, kann es größere Gefahren geben als den Einfluß eines einzelnen imperialistischen Staates. Nicht auszudenken welche dramatische Entwicklung die Welt genommen hätte, wenn nicht über alle Widerstände hinweg eine Allianz vieler antifaschistischer Staaten und Menschen zustande gekommen wäre. Diese Allianz mit all ihren Schwächen war in der Lage die deutschen Nationalsozialisten samt ihrem internationalen faschistischen Anhang gründlich zu schlagen.

Aus diesen angedeuteten und vielen weiteren Gründen sind wir nicht wie verschiedene hier als Linke in Erscheinung tretende der Meinung, daß das heutige Deutschland oder ähnlich strukturierte Staaten kein Recht hätten ihre Landesverteidigung zu organisieren.

Man fragt sich sowieso was man von einigen dieser Leute halten soll. Teilweise gehören sie hier selbst zu den Machtstrukturen oder kaupeln und mauscheln zumindest ständig mit den Herrschenden wie z.B. wesentliche Teile von Bündnis90/Grüne, SPD/Jusos/Falken oder PDS. So mancher Sozialdemokrat der große Töne gegen Militär spuckt, wird sicher keine Probleme haben im freundlichen Duzgespräch bei einem Glas Bier mit dem sozialdemokratischen Polizeipräsidenten zu sitzen, auch wenn der vorher Kritiker eines "Großen Zapfenstreiches" hat abräumen lassen.

Andere, die die DDR selbst noch da loben, wo sie schon lange keine sozialistische Entwicklung mehr nahm, hatten auch keine Probleme mit dem Militarismus der DDR-Armee, die sich ja immer offener das reaktionäre Preußentum zum Vorbild nahm. Nach der sogenannten Wende hatten ja scheinbar die meisten DDR-Offiziere die größten persönlichen Probleme damit von der Bundeswehr nicht übernommen zu werden, soll es das sein, was man gelungene sozialistische Erziehung nennt.

Zusammenfassend möchten wir sagen, wir haben keine Probleme damit, daß dieser Staat seine notwendige Verteidigung organisiert, so sie diesen Namen verdient.

Wir haben aber allergrößte Probleme mit militaristischen Spektakeln wie z.B. öffentlichen Rekrutenvereidigungen oder sogenannten großen Zapfenstreich. Es gibt für die Notwendigkeit dieses Brimboriums keine schlüssige Erklärung, wenn man es an dem Maß legitime Verteidigung mißt. Es gibt aber eine Menge deutlicher Hinweise, daß damit andere Sachen auf den Weg gebracht werden sollen die nicht vertretbar sind.

Wir haben den Eindruck mit dieser Einschätzung uns in Gemeinsamkeit mit vielen von Euch zu befinden, wir sollten das auch öffentlich äußern.

Mitte April 1996

P.S. Bei der Arbeit an diesem Flugblatt erreichten uns die erschütternden Berichte über die Massaker der israelischen Armee an der libanesischen Zivilbevölkerung.

Kann man mit jemandem Frieden schließen, der seinen Friedenspartner zum Sklaven machen will, wie rassistisch diese Zionisten sind haben die äthiopischen Juden in Israel vor kurzem klargelegt.

Sie, die mit viel Medienreklame aus Äthiopien angeblich von der israelischen Armee gerettet wurden, sahen sich gezwungen mittels militanter Demonstrationen auf ihre rassistische Behandlung durch offizielle israelische Stellen aufmerksam zu machen.

Wir lehnen gezielte Angriffe auf Zivilisten grundsätzlich ab, natürlich auch gegen Zivilisten in Israel. Sollten solche Angriffe von antizionistischen Kräften begangen worden sein, ist dies nicht vertretbar und schadet letzten Endes nur dem antizionistischen/antifaschistischen Kampf.

Es darf aber nicht vergessen werden, daß die Ursache der Auseinandersetzungen die Vertreibung großer Teile des palästinensischen Volkes sowie die Besetzung großer Teile von souveränen Staaten dieses Raumes durch die Zionisten ist.

Dies wird auch von Menschen jüdischen Glaubens so gesehen, die, wie alle anderen fortschrittlichen Menschen, die Greuel der Zionisten verurteilen.

Anmerkungen zum Flugblatt von Ende Juli 1996

Es ist widerlich mit anzusehen, wie einige Kräfte aus der PDS sich als Linke oder Antifaschisten gerieren, bei denen wirklich nichts in diese Richtung weist.

Sie sagen diesen Nazielementen und deren Mitläufern in ihren Gebieten nicht mal das es nicht richtig ist unschuldige Menschen nur wegen ihrer Nationalität oder Hautfarbe anzugreifen (eigentlich unter zivilisierten Menschen eine simple Selbstverständlichkeit), geschweige denn, daß sie etwas dagegen tun. Diese rassistischen Überfälle waren nicht ihr Problem, es ging ihnen scheinbar nicht nahe.

Der tragische Überfall auf den Buchhändler in Marzahn könnte ein umdenken zumindest der ehrlichen Kräfte in dieser Gruppierung bewirken.

Der Buchhändler Baltruschat der bei dem Nazianschlag in Marzahn schwer verletzt wurde, sagt in einem Tagesspiegelinterview vom 6.4.1997 :

" Wir haben Neonazis früher nicht so ernst genommen," Baltruschat nickt , als wolle er sich selbst bestätigen." Wie gefährlich solche Gruppen sind, mußte ich erst am eigenen Leibe verspüren".

Es muß in diesen Kreisen zumindest bei den ehrlichen Menschen schon eine gewisse Naivität und Realitätsferne vorgeherrscht haben.

Das im Jahre 1997 nach Hoyerswerda, nach Rostock, bei den vielen kleinen rassistischen Überfällen der letzten Jahre noch solch eine Vorstellung bestehen kann ist nicht nachzuvollziehen.

Die ehrlichen Kräfte werden sich aber "warm anziehen" müssen. Wenn sie es wirklich ernst meinen, dann werden sie zuerst und massiv Probleme mit nicht wenigen ihrer eigenen "Genossen" haben.

EINIGE GEDANKEN ZUM RASSISTISCHEN ÜBERFALL IN MAHLOW

Am 16.6.1996 werden mehrere britische Kollegen in Mahlow bei Berlin aus rassistischen Motiven angegriffen, ein Kollege wird so schwer verletzt, daß er gelähmt ist und künstlich beatmet wird.

Am 29.7.1996 meldet die Berliner Zeitung daß die PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus zu einer Ehrung von Antifaschisten aufruft. Es soll der Opfer von faschistischen Terror von vor 63 Jahren gedacht werden. Daß dem Kampf dieser Menschen gedacht wird, halten wir für richtig. Wir haben allerdings den Verdacht, das sich Kräfte der PDS mit dem Kampf und dem Leiden dieser Menschen tarnen. Dieser Menschen zu gedenken, das kostet sozusagen nichts, da tut es zur Not ein Lippenbekenntnis.

Den rassistischen Elementen in Mahlow, die unseren Kollegen Noël Martin schwer verletzt haben, entgegen zu treten, hätte da schon eine andere Dimension.

Wie uns erst jetzt bekannt wurde, werden seit Jahren Menschen anderer Hautfarbe oder Nationalität in Mahlow nur aufgrund dieser Tatsache beleidigt sowie körperlich angegriffen. Dies wird sowohl von der Bevölkerung, wie man anhand von Interviews der letzten Zeit erfährt in widerlicher Weise entschuldigt, als auch offensichtlich von der "antifaschistischen" PDS zumindest stillschweigend geduldet.

Die PDS hatte bei den Landtagswahlen von September 1994 in Brandenburg etwa 19% der Stimmen erhalten, sie hatte bei den Kommunalwahlen von Dezember 1993 etwa 19% im Landkreis Teltow-Fläming zu dem Mahlow gehört, erhalten. Sie ist also durchaus eine Kraft in diesem Raum, da stellt sich automatisch die Frage, wieso wirken sie solchen Pogromähnlichen Zuständen wie in Mahlow nicht entgegen.

Wenn wir uns diese Frage stellen, fallen uns allerdings die Pogrome von Anfang der neunziger Jahre ein, die sich nur in den Gebieten in denen die PDS relativ stark ist, ereignet haben. Feige Überfälle, nächtliche Brandanschläge das gab es überall, tagelange und wochenlange Belagerungen von Asylflüchtlings-, Studenten- und Arbeiterwohnheimen in der Regel unter dem Beifall eines Teils der Anwohner, das gab es nur auf dem Gebiet der ehemaligen DDR. Schutz für die ohne Grund angegriffenen gab es von Kräften vor Ort in der Regel nicht.

Es gab einen Versuch von Rassisten in Mannheim ähnlich zu agieren, der wurde sehr schnell durch Antirassisten zunichte gemacht. Und genau das vermißte man auf dem Gebiet der ehemaligen DDR, Nazis und andere Rassisten konnten öffentlich angekündigt und über Tage und Wochen ihre widerlichen rassistischen Aktionen durchziehen, wobei viele Menschen getötet, verletzt oder in Lebensgefahr gebracht wurden (in Rostock über 100 Menschen).

Statt dessen traf sich die damalige stellvertretende PDS-Vorsitzende Ostrowski mit dem Obernazi Constantin Meyer, einem Führer der "Nationalen Offensive" zum freundlichen Gespräch und stellte fest "Unsere sozialen Forderungen stimmen im Grunde überein, bis hin zum Wortlaut" (Konkret 7/96).

Es ist nicht bekannt, daß die PDS wesentliches dazu beigetragen hätte, Menschen vor rassistischen Pogromen zu schützen. Diese Leute wurden erst dann aktiv, wenn sich überregional Menschen zusammenschlossen um Kundgebungen und Demonstrationen in den Pogromgebieten durchzuführen. Viele werden sich gewundert haben mit welcher Intensität sie von Leuten die sich zur PDS bekannten, angegriffen wurden wenn sie klare Parolen gegen die Pogrome riefen, das ging bis zum körperlichen Angriff. Am empörendsten waren aber die Entschuldigungen die man fand um diesen versoffenen rassistischen Mob in Schutz zu nehmen, da mußte man sich schon zusammenehmen um nicht zu erbrechen.

Im nachhinein mußte man auch gerade in den übelsten Pogromgebieten wie Rostock und Hoyerswerda feststellen wie stark die PDS vertreten ist, in letzterem stellt sie inzwischen den Oberbürgermeister.

Solche Merkwürdigkeiten reihen sich ein in offen vertretene üble Haltungen. So ist uns noch gut in Erinnerung wie sich PDS-Leute des Bezirkes Lichtenberg im Sommer 1990 über die Teilnehmer einer antifaschistischen Demonstration gegen ein von Nazis besetztes Haus in der Weitlingstraße

als Chaoten ausließen. Sie hatten scheinbar keine Probleme mit dem Nazihaus aus dem heraus häufig Überfälle auf Asylflüchtlinge, Linke und Hausbesetzer begangen wurden, sie hatten erhebliche Probleme mit den Menschen die gegen dieses Haus vorgegangen sind. Auch der PDS-Bürgermeister von Marzahn scheint weniger Probleme mit den zackigen, stolzen deutschen Nazis zu haben, dafür aber mit den oft sehr bunten aber wenig chauvinistischen Antifaschisten, zumindest lassen seine Äußerungen anlässlich einer Nazidemonstration im Mai 1996 in Marzahn diesen Schluß zu.

Bei einer Veranstaltung der Zeitung "Neues Deutschland" fordert Angela Marquardt "..... die Entfernung eines Nazis von der "Jungen Freiheit" aus dem Zuschauerraum". Dieser darf bleiben, Unterstützer von Frau Marquardt werden aus dem Saal entfernt, Frau Marquardt verließ die Veranstaltung (Quelle "Konkret" 7/96)

Manch einem in der PDS scheinen da gewisse Entwicklungen unheimlich zu werden, so sagt die Berliner PDS-Landesvorsitzende Petra Pau dem Tagesspiegel: "Mir war vor den Meldungen in der Presse nichts bekannt über rassistische Vorfälle in Mahlow, die Brandenburger PDS hat uns nichts mitgeteilt." (Tagesspiegel 28.7.1996/Seite 16) Das ist ja wohl als Kritik zu verstehen, es sollten allerdings deutlichere Worte gefunden werden wenn man Antifaschismus ernst nimmt.

Wir haben sie erlebt die Brandenburger "Genossen". Die am häufigsten gestellte Frage bei der antifaschistischen Demonstration in Mahlow am 27.7.1996 war, "Wo kommt ihr denn her?" Man spürte förmlich körperlich ihr Unbehagen als immer mehr Antifaschisten aus Berlin auf dem Mahlower Bahnhofsvorplatz erschienen. Als dann noch sehr klare Parolen gegen Nazis gerufen wurden, war es mit ihrer Selbstbeherrschung vorbei, einige wurden regelrecht aggressiv. Mit zunehmenden kämpferischen Charakter der Demonstration verschwanden diese "Genossen" allerdings, man sah den einen oder anderen nur noch im intensiven Gespräch mit Polizisten. Interessant war, das die Frage "Wo kommt ihr denn her" genauso auch von Elementen dieser Mahlower Rassistenclique gestellt wurde.

Zusammenfassend möchten wir sagen, alle die es wirklich ehrlich meinen in der PDS, müssen scharf aufpassen. Es hat in der deutschen Geschichte verschiedene Parteien gegeben die in ihrem Namen den Anspruch erhoben sozialistisch zu sein oder Sozialismus anzustreben. Bei den Nationalsozialisten war es von Anfang an Tarnung, andere haben sich von der Mehrheit der Menschen entfernt und sind entsprechend verkommen, vor dem Scherbenhaufen solcher Entwicklung stehen wir jetzt. Nur wir müssen dafür sorgen daß diese Entwicklung nicht Menschen auszubaden haben die daran keine Schuld tragen.

**Schluß mit den Pogromartigen Verhältnissen in Gebieten der ehemaligen DDR.
Die fortschrittlichen Menschen dieser Gebiete müssen endlich ihre Verantwortung wahrnehmen, auch wenn es Leuten der PDS nicht gefällt.**

Wir möchten noch einiges zu den Menschen sagen, die in den ehemaligen DDR-Gebieten in Not geraten sind. Die Menschen anderer Hautfarbe oder Nationalität sind nicht schuld an Eurer Situation, und selbst wenn ihr das anders seht gibt es in einem entwickelten Industrieland keine Entschuldigung für das dulden von Pogromen. **Ihr steht in der Verantwortung.**

Es ist äußerst feige sich gegen Menschen zu wenden die sich praktisch nicht wehren können. Man hört von euren heldenhaften versoffenen Rassisten nie, daß sie sich über die staatliche Ausbeutung oder die Korruption beklagen bzw. sogar etwas dagegen tun. Natürlich ist es ungefährlicher aus einer Übermacht heraus einzelne schwarze Menschen mit Steinen zu bewerfen, zumal ja die staatliche Verfolgung nicht so groß zu sein scheint.

Weist die rassistischen Elemente in ihre Schranken, laßt uns gemeinsam für die Verbesserung des Lebens der Mehrheit der Bevölkerung kämpfen, laßt uns die Hemmnisse beseitigen die gegen eine Weiterentwicklung dieser Gesellschaft stehen.

Allerdings "WIR" sind alle Hautfarben und alle Nationalitäten und es gibt keinen vernünftigen Grund warum es anders sein sollte.

Ende Juli 1996

Einige Kollegen aus Berlin

V.i.S.d.P.:K.Lehmann c/o M96 Manteuffelstr. 96 10997 Berlin

Anmerkung zum Flugblatt vom September 1996

Wie sehr die hier herrschende "Demokratie" im Grunde genommen Fassade ist, mußten schon viele Menschen in unserem Lande schmerzlich erfahren. Es muß schon die richtige Meinung sein im Sinne der Herrschenden, oder die richtige Demonstration, sonst sollte man sich realistischer Weise auf mehr oder weniger große Probleme vorbereiten.

Da werden schon mal Transparente, die nicht genehm sind, aus der Demonstration herausgerissen, wie bei der DGB-Demo vom 1. Mai 1996. Oder es wird jeder Protest wie z. B. bei der militaristischen Schau im Mai 1996 durch staatliche Organe verhindert.

Ein besonders gravierendes Beispiel sind die Vorfälle vom 27.6.1996.

Wir empfanden sowohl das Vorgehen der Polizei wie auch das ekelhafte Verhalten der DGB-Bonzen zu dieser Angelegenheit als solche Bestätigung für unser Flugblatt " Soll das Demokratie sein " vom 1.5.1995, daß wir es wichtig fanden, dieses alte Flugblatt mit den Artikeln zu den Ereignissen vom 27.6.96 und ergänzenden Kommentaren zu verbreiten.

Wir haben dieses kombinierte Blatt anlässlich der Aktionstage des DGB im Herbst 1996 sowie bei anderen Gelegenheiten verbreitet.

SOLL DAS DEMOKRATIE SEIN ?

Sieht man sich verschiedene Lebensbereiche in dieser Gesellschaft an, so kommt man schon wirklich ins grübeln. Ob Arbeitsplätze, Wohnen, Lehrstellen oder Gesundheitswesen, es fällt schwer zu glauben, daß das, was dort geschieht, der Wille der Mehrheit der Bevölkerung sein soll.

Wir können uns schwerlich vorstellen, daß die Mehrheit der Beschäftigten ein Interesse daran haben soll, die Arbeitsplätze dermaßen zu verknappen, daß Millionen in die Arbeitslosigkeit gezwungen werden, daß Zigtausende, die irgendwo neu anfangen, dies fast ausschließlich über Zeitverträge tun müssen. Über die Nachteile dieser Form des Arbeitsbeginns braucht man wohl nicht viel sagen, immer der Hammer über einen:

nur nicht krank werden
das nur die Kinder nicht krank werden
überleg dir lieber, ob du zu der Gemeinheit des
Vorgesetzten etwas sagst

Wo sind da eigentlich die betrieblichen bzw. überregionalen Gewerkschaftsfunktionäre ?

Das ist doch ein erheblicher Rückschritt, der da stattgefunden hat, nicht nur daß es für den einzelnen gravierende Nachteile hat, die Möglichkeit des Zusammenschlusses der Kollegen ist doch erheblich verschlechtert. Aber vielleicht ist das ja auch im Interesse von bestimmten Gewerkschaftsfunktionären.

Für 976000 DM hat der damalige IG-Metallvorsitzende Steinkühler im Frühjahr 1993 Aktien privat gekauft (Berliner Zeitung 18.5.93), " da muß eine alte Oma lange für stricken", wie man so schön sagt. Woher soll bei so einem Menschen das Interesse für die Belange von Arbeitern oder kleinen Angestellten kommen.

Übrigens zur Frage der Demokratie hat die IG-Metall auch einiges beizutragen, so wird bei Urabstimmungen über Streik eine Mehrheit von 75% gebraucht, um den Streik wieder zu beenden, reichen dann 25%, wenn das nicht demokratisch ist.

Im Mai 1992 lehnten Kollegen der ÖTV mehrheitlich einen Verhandlungskompromiß über 5,6% Lohnerhöhung ab. Nur 44% stimmten in einer Urabstimmung dafür, 50% wären laut ÖTV-Satzung nötig gewesen. Ausgehebelt wird diese Regelung aber dadurch, daß sich der Gewerkschaftsvorstand nicht daran halten muß. Und so war es auch, der Kompromiß wurde unter der damaligen Vorsitzenden Wulf-Mathies angenommen.

Übrigens mal nebenbei gefragt, Kollegen, hat von Euch schon mal jemand daran mitgewirkt eine Tarifforderung festzulegen. Trotz heftigsten herumfragen ist es uns bisher nicht gelungen einen Kollegen zu finden, der Einfluß auf das Entstehen von Tarifforderungen nehmen konnte.

Wer Kinder hat, die jetzt ins Berufsleben kommen, wird sich mit dem Wahnsinn auskennen, den es bedeutet eine Lehrstelle zu finden. Sie erklären unsere Kinder praktisch für überflüssig, soll das der Willen der Mehrheit der Bevölkerung sein.

Ein anderer Bereich, wo sich die Frage nach Demokratie stellt, ist das Wohnen. Soll es wirklich im Sinne der überwiegenden Mehrheit der Menschen sein, daß sich das Wohnen dermaßen verteuert, daß man sich andere Sachen gar nicht mehr leisten kann, nur damit sich eine handvoll Spekulanten mästet.

Soll es wirklich im Sinne der überwiegenden Mehrheit sein, daß sich Hausbesitzer, Hausgesellschaften und deren Lakaien eine Willkür erlauben, die teilweise schon an die 20ziger Jahre erinnert.

Verschiedene bürgerliche Politiker aus PDS, Bündnis 90/Grüne, sowie SPD sprechen sich ja nun mehr oder weniger offen für Hausbesetzungen in Berlin aus.

Soll das die Lösung sein? Ganz abgesehen davon, daß hier schon einmal eine Hausbesetzerbewegung von solchen Leuten wie eine heiße Kartoffel fallengelassen wurde (Anfang der 80ziger Jahre). Nämlich in dem Moment, wo sie ernst machte und ihre Vorstellungen versuchte auch gegen die Staatsgewalt durchzusetzen. Aber es kann doch gar nicht darum gehen, hier einzelne Häuser zu besetzen, für kleine Gruppen Freiräume zu schaffen, da spielt dieser Staat evtl. sogar ein Stückweit mit

Aber was ist mit den anderen Dutzenden von Millionen Menschen, die einen wesentlichen Beitrag zum Reichtum dieses Landes und zu den Häusern geleistet haben (einen anderen wesentlichen Beitrag haben die Menschen in der 3. Welt dazu geleistet, indem sie dahingehend ausgepreßt werden.) Wenig Beitrag, wenn überhaupt haben die Spekulanten geleistet.

Wo sind hier die Kräfte, die sich sonst sonderlich als Interessenvertretung der unteren Schichten anpreisen, von wem wird diese Frage "an die Wurzel gehend" behandelt.

Ein weiterer gravierender Mangel, der uns in der letzten Zeit aufgefallen ist, besteht in diesem sogenannten Gesundheitswesen. War mit dem schon früher nicht allzuviel los (aus der Sicht von West-Berlin), so stellt sich inzwischen die Frage, wann wir die unsäglichen US-amerikanischen Verhältnisse des Gesundheitswesens erreicht haben, will sagen, daß sich nur Leute mit viel Geld qualitative Krankenbehandlung leisten können. Die größte Verhöhnung war allerdings die Pflegeversicherung, wir geben etwas von unserem Lohn und die Arbeitgeber geben einen Feiertag ?

Wir haben mal versucht ein paar Punkte anzureißen, die uns besonders gravierend vorkamen, Ihr kennt bestimmt hunderte andere. Aber an diesen Punkten wird doch irgendwie deutlich, daß fast alle Organisationen, Gremien, Vereine, die hier als Opposition, Linke, Mieterinteressenvertretung oder sonstwie gehandelt werden, genau diesen Anspruch nicht gerecht werden.

Da wird man von einer Instanz zur anderen geschickt, Belegschaft von Betrieben oder Sparten werden nicht zusammengefaßt, sondern eher noch auseinander dividiert (warum streikt eigentlich die IG-Metall nicht mal flächendeckend, mal sehen wie lange die Herrschenden das durchhalten und was man da durchsetzen kann.).

Empfohlen wird absolut würdelos irgendwelche Bittgesuche zu stellen.

Unterm Strich kommt aber bei alldem nichts positives heraus.

Daß nicht nur wir diese Erfahrungen machen, wissen wir teilweise aus Gesprächen, ein anderer deutlicher Hinweis sind die vielen Gewerkschaftsaustritte und die niedrige Wahlbeteiligung bei politischen Wahlen. So beträgt die Beteiligung selbst nach offiziellen Zahlen oft nur zwei Drittel der Wahlberechtigten. Nur das kann es doch nicht gewesen sein, Kollegen.

Wenn die hier Herrschenden mit ihrer Gesellschaftsordnung am Ende sind, und dafür gibt es trotz aller Großmüligkeit einige deutliche Hinweise, dann ist es doch an uns, die wir keine Angst vor fortschrittlicher Entwicklung in gesellschaftlicher, technologischer und wissenschaftlicher Hinsicht haben, da etwas auf den Weg zu bringen. Dies würde unser Vorgehen auch von dem der angeblich sozialistischen DDR unterscheiden. Wissenschaft und Technik vorantreiben, breiteste Demokratie für die Bevölkerung. Daß in der DDR nach 40 Jahren Existenz eine derartige Bespitzelung und Unterdrückung der Bevölkerung herrschte, ist ein deutliches Zeichen, daß dort schon lange kein Sozialismus bestand.

Es muß doch über wichtige Fragen heftig diskutiert werden können, damit sich die objektive Wahrheit herauschälen kann. Faschisten müssen natürlich unterdrückt werden, doch gerade das hat man ja eben nicht getan.

Kollegen, Nachbarn, andere Menschen die diese Verhältnisse nicht ertragen, uns scheint, daß real kaum Strukturen vorhanden sind, auf die man sich bei einem Vorgehen gegen diese Verhältnisse stützen kann. Es scheint so zu sein, daß man sich diese zum Teil neu schaffen muß, andere vielleicht verändern muß, nur das ist wohl auch dringend notwendig.

Laßt uns alle, die wir die Dinge so sehen, die Verhältnisse vorantreiben, unsere geschichtliche Phase hat gerade erst begonnen, Weltuntergangsphantasien überlassen wir anderen.

Einige Kollegen aus Berlin

1. Mai 1995

Im folgenden wollen wir Euch noch ein paar Artikel zur Kenntnis bringen über einen ersten Vorfall im Juni 1996. Diese Artikel belegen in welchen Verhältnissen wir hier leben und unterstreichen unser Flugblatt vom 1. Mai 1995.

TAZ schreibt am 28.6.96

Tausende Metaller gegen Spardiktat

■ In Siemensstadt fünfzehn Verletzte bei Spontandemo

Einen Tag vor der abschließenden Beratung über das Bonner Sparpaket im Bundestag haben gestern etwa achttausend Arbeitnehmer mit Kundgebungen in Betrieben und vor Werkstoren gegen die Sparbeschlüsse protestiert.

Die größte Kundgebung hat es in Siemensstadt gegeben. Dort beteiligten sich nach Angaben der IG Metall über dreitausend Beschäftigte mehrerer Betriebe an einer Protestkundgebung. Weitere Schwerpunkte der Aktionen waren Reinickendorf, Tempelhof, Zehlendorf, Pankow und Schöne-weide.

In Siemensstadt kam es zu Zwischenfällen. Nach Beendigung der zentralen Kundgebung an der

Paulsternstraße Ecke Nonnen-dammallee seien etwa tausend Teilnehmer von der Polizei daran gehindert worden, als geschlossener Demonstrationszug in die Betriebe zurückzukehren, teilte die IG Metall mit. Erst nach Anmeldung einer spontanen Demonstration konnten fünfhundert bis sechshundert Beschäftigte in Begleitung der Polizei zum Bosch-Siemens-Hausgerätekwerk in Gartenfeld gehen.

Nach Angaben des Betriebsrates der BMW-Motorradfabrik kam es dort durch übereifrige Polizisten zu Ausschreitungen. Schlagstöcke seien eingesetzt worden, berichtete ein Betriebsratsmitglied. Insgesamt seien fünfzehn Men-

schen verletzt worden. Ein Beschäftigter mußte ins Krankenhaus eingeliefert werden. Die IG Metall hat inzwischen Beschwerde beim Polizeipräsidenten eingelegt.

Neben der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und der Aufrechterhaltung des Kündigungsschutzes stehe für die Gewerkschaften die Frage einer altersgerechten Teilzeitregelung im Mittelpunkt, sagte Manfred Foede, erster Bevollmächtigter der IG Metall. „Der Druck von unten wird erst aufhören, wenn die schreiend ungerechten Sparbeschlüsse vom Tisch sind.“ Zu den Aktionen hatte die IG Metall und die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG) aufgerufen.

dpa/taz

Berliner Zeitung schreibt unter anderem am 28.6.96

Mehrere Tausend Menschen haben gestern in Berlin gegen die Sparpläne der Bundesregierung demonstriert. Der Deutsche Gewerkschaftsbund und die IG Metall hatten zu Schwerpunkt-Veranstaltungen in Spandau, Wedding, Tempelhof und Zehlendorf aufgerufen. Einige Arbeitgeber hatten ihre Angestellten vor einer Teilnahme gewarnt. Am Rande der Kundgebung in Spandau wurden nach Gewerkschaftsangaben 15 Demonstranten verletzt.

Güngör Demirci, Vorstandsmitglied der IG Metall Berlin, berichtete von einem Schlagstockeinsatz der Polizei, bei dem nach der Protestaktion in Spandau-Siemensstadt 15 Menschen verletzt worden seien. „Die Polizei hat Schlagstöcke und sogar Pistolen gezogen“, sagte Demirci. Polizeisprecher Walter Hemminger war nichts von solchen Vorfällen bekannt. „Wir wissen nur von Rangeleien“, sagte Hemminger. Es sei zu einem Verstoß gegen das Versammlungsrecht gekommen. Die IG Metall hat bei Polizeipräsident Hagen Sacherschinsky Beschwerde eingelegt.

Für jeden Scheiß werden hier Straßen, ja ganze Stadtviertel gesperrt; da kann auch ruhig der Berufsverkehr zusammenbrechen, das interessiert weder die hier Herrschenden noch ihre Polizei.

Wenn Kollegen aber existenzielle Anliegen zur Sprache bringen wollen, dann wird so reagiert.

Der Hammer aber sind dann ja wieder die Gewerkschaftsböden, abwiegeln, kleinhalten, wie es die Herrschenden von ihnen erwarten, anstatt es in allen Betrieben zu thematisieren.

Metall schreibt im Heft 8/96

8000 gingen auf die Straße

Am 27. Juni protestierten rund 20.000 Metallerrinnen und Metalller in Berlin gegen die Bonner Streich-Beschlüsse.

In betrieblichen Aktionen wurden Flugblätter verteilt, Unterschriften gesammelt, Kundgebungen vor den Werkstoren, Demonstrationen und Kundgebungen auf Stadtteilebene durchgeführt. Bereits um 17 Uhr wurden bei Samsung in Schöneweide Unterschriften vor dem Werkstor gesammelt, die innerhalb einer Stunde 300 Einsprüche gegen den Sozialabbau brachte. Danach ging es Schlag auf Schlag weiter. Am Vormittag demonstrierten rund 3000 Beschäftigte aus Spandau/Siemensstadt an der Nonnendammallee. In Wedding protestierten über 500 Kolleginnen und Kollegen aus Metallbetrieben im Norden an der Holzhauser Straße.

Am U-Bahnhof Alt-Mariendorf versammelten sich gegen 14 Uhr rund 1200 Beschäftigte aus Tempelhofer Betrieben zu einer Protestkundgebung gegen den sozialen Kahlschlag der Kohl-Regierung. Und am Königsweg in Zehlendorf demonstrierten im Anschluß an einem Auto-

Korso 400 Metallerrinnen und Metalller.

Trotz massiver Einschüchterungsversuche der Arbeitgeber haben sich an den Demonstrationen und Kundgebungen während der Arbeitszeit rund 8000 Beschäftigte beteiligt. Damit wurde die gute Beteiligung der Berliner Metallerrinnen und Metalller an der Groß-Demo am 15. Juni in Bonn weit übertroffen. Einhellige Meinung aller Demonstranten: Die Proteste müssen weitergehen, auch über die Sommerpause hinaus. Die brutale Demontage des Sozialstaats dürfen und werden wir uns nicht gefallen lassen.

Am Rande der Demonstrationen hat sich in Siemensstadt ein Zwischenfall mit der Polizei ereignet, bei dem durch unangemessenes Verhalten der Polizei auch mehrere Demonstranten verletzt wurden.

Die Ortsverwaltung bekundete den Betroffenen ihre Solidarität und Unterstützung. Sie wird über diesen sehr ernsten Vorfall ein Gespräch mit der Polizei und den politisch Verantwortlichen führen, über das wir auf der Berlin-Seite berichten werden.

Eines wird aber ganz deutlich, daß es geradezu pervers ist; und auch etwas über den Zustand dieses Gewerkschaftsbundes aussagt, daß es Polizei als Mitglieder in diesem DGB gibt.

Anmerkung zum Diskussionspapier vom 18.2.1997

Ursprünglich gab es Überlegungen zu den Vorfällen in Hellersdorf am 15.2.97 etwas als Flugblatt zu veröffentlichen.

Speziell das absolut erstaunliche, entgegen der bisherigen Haltung, praktizierte mobilisieren der PDS und auch das außergewöhnliche Vorgehen von Innensenat und Polizei sollte behandelt werden.

Der faschistische Anschlag auf den Buchhändler Baltruschat in Marzahn, der uns natürlich erschütterte, brachte uns von unserem Vorhaben ab.

Der damalige Diskussionsstand unter uns wird in dem nebenstehenden Diskussionspapier wiedergegeben.

Zusammenfassung der Ergebnisse unserer Diskussion anläßlich der verhinderten Nazidemonstration vom 15.2.1997 in Hellersdorf

Vermeehrt mußten wir in den Wochen vor dem 15.2.97 feststellen, daß Leute aus dem Spektrum, das sich normalerweise schützend vor Nazis stellt und deren menschenverachtenden Handlungsweisen eher verständnisvoll mit Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit entschuldigt, scheinbar konsequent für eine Verhinderung des Nazi-Aufmarsches am 15.2.97 in Hellersdorf aussprach.

Es gab auch andere Stellungnahmen wie z.B. von autonomen antifaschistischen Gruppen, doch diese konnten nicht verwundern, da es in der Regel auch tatsächlich deren Praxis ist. Umso mehr mußte z.B. die Haltung der PDS erstaunen, die doch in der Vergangenheit eher in anderer Hinsicht, nämlich durch raushalten aufgefallen ist. Sie haben in Hoyerswerda nichts gemacht, sie haben in Rostock nichts gemacht, sie haben in Mahlow nichts gemacht, immer mußten erst auswärtige antifaschistische Kräfte mobilisieren bis diese Leute in die Hufe kamen. Und dann auch nur um sich letzten Endes schützend vor die Nazis zu stellen.

In Dolgenbrodt soll laut Küppersbusch/ARD die PDS einen Wähleranteil von 35% haben, sagt das nicht einiges aus über diese Leute ?

Wir kamen zur der Einschätzung, daß die PDS darum bemüht ist, einem Teil ihrer Mitglieder und Sympathisanten etwas vorzumachen mit dem Aufruf zur Verhinderung der Nazidemonstration. Für uns stellte sich jetzt nun die Frage, wie weit sie das Schauspiel organisieren.

Dazu muß man sagen, das war eher beleidigend, was die der Intelligenz eines interessierten Beobachters boten.

Der Tagesspiegel schreibt 1500 Menschen hätten sich an der Kundgebung in der Brodauerstraße beteiligt, in dieser Redaktion muß die PDS einen großen Sympathisanten haben. Wenn es viel waren, waren es 300 Menschen und dies angesichts der Tatsache, daß Hellersdorf eine Hochburg und die ostberliner Bezirke insgesamt eine Hochburg der PDS sind, in Hellersdorf stellt die PDS den Bezirksbürgermeister.

Uns klangen noch die Ohren von den großmäuligen Ankündigungen vor der Demonstration als wir den erbärmlichen Anteil der PDS und anderer bürgerlicher Kräfte bei den Kundgebungen sahen.

Diese Kundgebungen wurden zu einem ganz überwiegenden Anteil von sogenannten Autonomen oder anderen unorganisierten Antifaschisten getragen. Und man kann der überwiegenden Mehrheit dieser Leute eine ganze Menge politischer Oberflächlichkeit vorwerfen, aber die Mehrheit dieser Leute führt einen entschlossenen und opferreichen Kampf gegen Nazis. Wobei es Opfer in der Regel, und auch dieses Mal, im wesentlichen durch das Schützen der Nazis durch die Polizei gibt.

Nicht nur daß die PDS und andere bürgerliche Organisationen, die erst großmäulig Aktionen gegen die Nazidemonstration angekündigt haben, praktisch aber nur in Abordnungen präsent waren, nicht diesen Platz mit Tausenden Menschen gefüllt haben, wozu sie bei anderen Anlässen wie dem Abzwacken von Parteivermögen (PDS) durchaus in der Lage sind, nein sie entblöden sich nicht einmal im Angesicht von ständigen Festnahmen und zig Verletzten unter den Antifaschisten über diese herzuziehen.

Wir waren Zeuge einer Auseinandersetzung zwischen zwei älteren Antifaschisten und einer Clique offensichtlicher und teilweise zugegebener PDS-Funktionäre. Die älteren Antifaschisten hatten sich erst verständnislos erkundigt, weil sie das, was sie hörten, nicht glauben konnten, und später erbost darüber ausgelassen, daß sich diese PDS-Clique in ihren Äußerungen gegen die Antifaschisten ausließen, die gerade verletzt oder festgenommen wurden.

Der ältere Antifaschist hatte seine Empörung über das Vorgehen der Polizei geäußert, eine PDS-Frau wetterte gegen die antifaschistischen Demonstranten, die sich gerade in der Auseinandersetzung mit der Polizei befanden. Andere PDS-Leute behaupteten tatsächlich, die Polizei wäre zum Schutz der antifaschistischen Demonstration anwesend. Der ältere Antifaschist war offensichtlich dermaßen perplex über diese freche Leugnung des tatsächlichen Geschehens, daß ihm sozusagen die Luft wegblieb. Es gelang ihm aber trotzdem halbwegs die Fassung zu wahren, und die Tatsachen noch einmal klarzulegen. Diese PDS-Clique kam dadurch scheinbar in die Klemme, einer aus dieser Clique beschuldigte plötzlich die beiden älteren Antifaschisten Zivilpolizei zu sein.

Da sich aber die PDS-Clique durch ihr Gesamtverhalten schon ausreichend demaskiert hatte, verfiel das nicht in dem Menschenkreis, der sich inzwischen gebildet hatte und sie wurden immer ruhiger. (Dieses beschuldigen von Menschen, die Kritik anbringen als Zivilpolizisten, ohne dafür einen Anhaltspunkt zu haben, ist eine wirklich schweinische Methode und wird häufig von solchen Leuten, die üble Politik verfolgen praktiziert. Sie können den Tatsachen nichts entgegensetzen, dann kommen sie so.)

Ein erstaunlicher Aspekt bei diesen Kundgebungen war, daß scheinbar keine größeren Schwierigkeiten für die Antifaschisten bestanden, an die Nazis heranzukommen, obwohl massenhaft Polizei vor Ort war, wahrscheinlich mehr als Demonstranten dazu Wasserwerfer und Räumfahrzeuge. Dieses lockere Verhalten vor der Berührung mit den Nazis stand im vollkommenen Widerspruch zu dem weiteren Vorgehen der Polizei. Auch ein weiterer Punkt fiel uns auf, werden sonst bei Demonstrationen die den Herrschenden nicht angenehm sind, ganze Plätze dichtgemacht und die Menschen die diese Plätze betreten in entwürdigender Weise behandelt, so fand dies alles in diesem Fall nicht statt.

Bei diesen Kundgebungen haben wir keine Durchsuchungen gesehen.

Diese Sachen zusammengenommen stimmen schon nachdenklich, normalerweise geschieht beides, das Schützen der Nazis von Anfang an und auch Durchsuchungen. (vielleicht gab es Durchsuchungen, die wir nicht gesehen haben, aber es ist insgesamt kein Vergleich mit anderen ähnlichen Gelegenheiten)

Wir haben uns dazu Gedanken gemacht, und kommen zu der Überlegung, daß es zwei mögliche Gründe für so ein Verhalten gibt.

Einerseits besteht die Möglichkeit, daß die Herrschenden es gerne hätten, wenn der letzte Rest an linkem Image der PDS etwas aufgepoliert wird.

Das müßte eigentlich voll in die Hose gegangen sein, denn selbst dem gutwilligstem müßte aufgefallen sein, daß die Hauptbeschäftigung vieler PDS-Funktionäre darin bestand, sich bei der Polizei zu entschuldigen.

Eine andere Möglichkeit wäre die, daß die Widersprüche zwischen diesen bürgerlichen Cliquen doch relativ groß sind. Bestimmte Kräfte haben vielleicht die Chance genutzt, daß PDS-Funktionäre sich im Bemühen den arg ramponierten linken Anstrich ihrer Partei durch starke Sprüche zu renovieren, etwas weit aus dem Fenster gelehnt haben. Wie dem auch sei, interessant wird es werden den Spagat zu beobachten, den diese Leute machen um einerseits ihren linken Anstrich nicht vollkommen aufs Spiel zu setzen und andererseits sich hier als staatstragendes Element darzustellen, das natürlich niemals ernsthaft gegen die Nazis vorgehen würde.

Einiges von letzterem konnte man schon am Bahnhof Wuhletal erleben, und es kostet wirklich Mühe das Essen bei sich zu behalten.

Anmerkung zum Flugblatt vom 20.2.1997

Das wehrlos machen der unteren Schichten und der antifaschistischen Menschen in dieser Gesellschaft haben sich eine Reihe von Kräften zur Hauptaufgabe gemacht.

Die, welche in ihrer Geschichte und auch aktuell überhaupt keine Probleme mit der Anwendung von Gewalt haben, wenn sie sich denn gegen die unteren Schichten unseres Volkes und der Menschheit insgesamt richtet, diese Kräfte proklamieren aktuell wieder massiv Gewaltlosigkeit.

Getarnt als Antifaschisten oder sogar Sozialisten kommen sie daher und versuchen dem reaktionären und faschistischen Terror die Vorarbeit zu leisten. Ihnen muß die Maske heruntergerissen werden, Worte und Taten müssen verglichen werden, dann kann man den wahren Charakter erkennen. Das wird in Zukunft Opfer vermeiden.

EINIGE GEDANKEN ZUR GEWALT

Im Zusammenhang mit den rassistischen und faschistischen Überfällen der letzten Monate ist ja nun wieder verstärkt die Propaganda "gegen Gewalt" im Gange.

Es gibt in der Gesellschaft verschiedene Formen von Gewalt, da findet z.B. körperliche Gewalt bis hin zum Krieg statt, da werden ganze Betriebe stillgelegt und die dort beschäftigten Arbeiter und Angestellten ihrer Existenz beraubt, es werden Menschen auf übelste Art und Weise aus ihren Wohnungen getrieben, weil das einem Spekulanten erheblichen Gewinn einbringt. Dies sind einige Beispiele wie Gewalt in dieser Gesellschaft stattfindet. Wir wollen uns hier aber nur auf die Anwendung körperlicher Gewalt beziehen.

Auffallend ist wie undifferenziert die meisten Verfechter der Gewaltlosigkeit an diese Frage herangehen. Da wird aktueller Weise "Gewalt von Linken" mit "Gewalt von Rechten" in einen Topf geworfen. Es ist eben die Gewalt, die schlecht ist und wer sie anwendet, ist also auch schlecht. Im Grunde ist die Fragwürdigkeit dieser herangehensweise überdeutlich, trotzdem sei hier nochmal klargestellt.

Die wesentliche Frage beim Beurteilen von Gewalt kann doch nur sein:

WER WENDET ZU WELCHEM ZWECK GEWALT AN

Wir wollen ganz simpel anfangen:

Hat meine Oma das Recht jemandem, der sie überfällt, die Krücke über den Schädel zu ziehen?!

Hat eine Frau, die überfallen wird, das Recht sich gegen Beraubung oder Vergewaltigung gewaltsam zur Wehr setzen?!

Hat ein Mensch, der einen kriminellen oder sexuellen Überfall bemerkt, das Recht diesen gewaltsam abzuwenden ?!

Ihr merkt schon darauf erübrigt sich jede Antwort. Nun mag es Fälle geben, wo solche Fragen nicht so einfach zu beantworten sind, aber bei etwas näherem Hinsehen doch auch im Grunde klar werden.

Ist es nicht ein Unterschied ob Gewalt angewendet wird um Menschen, die lediglich eine andere Hautfarbe oder Nationalität haben, zu verletzen oder töten, oder ob Gewalt angewendet wird um genau dies zu verhindern?

Ist es nicht gerechtfertigt, daß sich die Bevölkerung eines Landes gegen das unberechtigte Eindringen der Armee eines anderen Landes, gewalttätig zur Wehr setzt?

Wie hätte sich denn diese Welt entwickelt, wenn nicht der Hitlerfaschismus und sein internationaler Anhang von dem konzentrierten Willen der Mehrheit der Menschheit äußerst gewaltsam zerschlagen worden wäre ?

Da alles doch relativ klar auf der Hand liegt, erhebt sich die Frage, wie man die Befürworter von Gewaltlosigkeit einordnen soll. Nun gibt es ja Menschen, die tatsächlich ärgste Probleme mit der Anwendung von Gewalt haben, zu denen gehören wir auch. Es ist wirklich eine belastende Vorstellung, jemandem körperliche Gewalt anzutun mit all seinen eventuellen schrecklichen Folgen. Nur sehen wir im Gegensatz zu den ehrlichen Gewaltablehnern die Realität dieser Gesellschaft, sehen, daß es Kriminalität gibt, sehen, daß es Faschisten und deren Überfälle auf unschuldige Menschen gibt, sehen, daß es Überfälle kriegslüsterner Staaten auf friedliche gibt. Und hier müssen sich die Menschen, die wirklich ehrliche Abscheu vor Gewalt haben und diese grundsätzlich ablehnen fragen, ob sie nicht die kriminellen, reaktionären oder faschistischen Gewalttäter begünstigen bzw. deren Taten erst ermöglichen. Vielleicht werden wir bald eine Gesellschaftsordnung erreichen, in der tatsächlich keine Gewalt angewendet wird, nur die heutige Realität ist eine andere.

Eine andere Gruppe von Menschen scheinen uns jene zu sein, die zwar auch in Worten "die Gewalt" ablehnen, aber scheinbar nur um den Widerstandswillen der zur Gegenwehr bereiten Menschen zu brechen. Sie fallen auf, da sie selbst Gewalt anwenden, mit Vorliebe zum Schutz von Nazis und anderen Reaktionären. Sie gehen nicht gegen die Rassisten bei Angriffen gegen Flüchtlingen vor, sie gehen gegen Antifaschisten vor, wenn die Gefahr besteht, daß die Rassisten zur Verantwortung gezogen werden.

Eine weitere Gruppe sind die offiziellen Vertreter dieser Gesellschaftsordnung, wenn diese von Gewaltlosigkeit reden, bezieht sich das offensichtlich nur auf alle die, welche zu Unrecht getreten werden oder es nicht dulden wollen, daß andere zu Unrecht getreten werden. Von diesen Menschen darf auf keinen Fall Gewalt angewandt werden. Und wenn diese Menschen das nicht akzeptieren, dann gibt es hier ja noch die Polizei mit ihrem "Gewaltmonopol". Wie "neutral" dieses ist, oder wie sehr man sich als ein Mensch der unteren Schichten dieser Gesellschaft auf diesen "Schutz" verlassen kann, darüber sind wir uns sicher, könnte jeder von Euch dicke Bücher mit Beispielen füllen.

Wir sind uns auch sicher, daß eine ähnliche Einschätzung darüber wann es gerechtfertigt ist Gewalt anzuwenden, in breiten Teilen, gerade der Arbeiter und darunter gerade auch der Menschen anderer Nationalitäten, vorherrscht. Letztere sind hier einem hohen Druck der staatlichen Organe ausgesetzt und sehen sehr scharf die Realität.

Der oben abgedruckte Text, ist der leicht überarbeitete Auszug aus einem Flugblatt, das wir im April 1993 erstellt und mehrere Monate verbreitet haben. Da immer noch massiv versucht wird uns allen Sand in die Augen zu streuen über "die Gewalt", hielten wir es für angemessen unsere Gedanken dazu nochmals darzulegen.

APPELL AN DIE FORTSCHRITTLICHEN MENSCHEN IN DEN GEBIETEN DER EHEMALIGEN DDR

Durch die Massenaktionen wie Licherketten und andere große Demonstrationen nach den Pogromen und Brandanschlägen in den frühen neunziger Jahren wurde einerseits den Nazis und anderen Rassisten deutlich gemacht wie ein erheblicher Teil unserer Bevölkerung zu diesen Fragen steht, es wurde aber auch deutlich das viele Menschen äußerst empört über das nachsichtige Verhalten von Polizei und Justiz bei rassistischen Schwerverbrechen waren (z.B. Rostock). Diese sahen sich dann auch gezwungen gegen die Nazielemente schärfer vorzugehen. Es war zwar immer noch lächerlich genug, aber für die schwachen Nerven der Nazis reichte das schon. Ein Großteil ihrer Funktionäre und Mitläufer bröckelte ab, auch und gerade weil der Schutz ihrer Veranstaltungen durch Polizei so wie früher nicht mehr in jedem Fall gegeben war. Es gelang Antifaschisten relativ häufig Nazis direkt zur Rechenschaft zu ziehen. Nun weiß man ja eines über Nazis, als Pogromhelden oder bei feigen hinterhältigen Überfällen laufen sie zu Höchstform auf, wehe aber es stellt sich ihnen entschlossener Widerstand entgegen oder sie werden entschlossen angegriffen, dann ziehen sie doch eher die Flucht oder den Schutz der Polizei vor, selbst wenn sie zahlenmäßig überlegen sind.

So konnte über einen gewissen Zeitraum durchaus ein Rückgang von Überfällen auf unschuldige Menschen registriert werden. Speziell diese tagelangen Pogrome wie z.B. in Hoyerswerda und Rostock konnten nicht mehr stattfinden. Seit einigen Monaten muß man aber feststellen das Überfälle auf einzelne Personen oder kleine Gruppen wieder erheblich zunehmen. Inzwischen sind es auch nicht nur Menschen anderer Nationalität oder Hautfarbe sondern es kann scheinbar jeden treffen.

Offenbar fühlt sich auch die Polizei und Justiz nicht mehr unter Druck, in Mahlow wo ein britischer schwarzer Bauarbeiter von Rassisten so schwer verletzt wurde, das er querschnittsgelähmt ist, mußten die amtlichen Stellen durch die Medien regelrecht an den Fall "rangeprügelt" werden .

Ein erschreckender Fakt bei diesen Vorfällen ist, das sie sich im wesentlichen in Euren Gebieten abspielen (Mahlow, Magdeburg.....). Das ist nicht zu akzeptieren, das könnt ihr doch auch selbst nicht akzeptieren. Es kann doch nicht angehen das Menschen sich nur auf Grund ihrer Hautfarbe, Nationalität oder Behinderung in Lebensgefahr befinden. Das ist doch der menschlichen Entwicklungsstufe der Barbarei ähnlich, das darf es doch in einem entwickelten Industrieland nicht mehr geben.

Ihr müßt Euch einmischen, Ihr steht in der Verantwortung. Feige heimliche Überfälle gibt es bei uns auch, diese offenen Attacken von Nazis sind bei uns aber eher die Seltenheit bei Euch aber die Regel.

Natürlich gibt es bei Euch eine Anzahl Menschen die sich schon einmischen, die sind hier auch nicht angesprochen. Wir möchten Euch ansprechen die Ihr auch erschüttert seid über die Greuel die da stattfinden, die Ihr auch schon mal Euren Haß über die Nazis und ihre menschenverachtenden Taten geäußert habt und dann vielleicht erstaunt heftige Reaktionen gegen Euch feststellen mußtet, von Kräften, die sich zu Unrecht als Antifaschisten oder sogar Sozialisten bezeichnen.

Wir können das nachvollziehen, wir haben solche Leute auch schon am Kragen gehabt. Da ist dann auch nicht mehr von Gewaltlosigkeit die Rede die sie immer im Verhältnis zu den Nazis propagieren, für Leute die ein entschlossenes Vorgehen gegen Nazis vertreten gilt nicht das liebevolle Verständnis wie für die Nazis (arbeitslos, perspektivlos).Ihr seht wir verstehen Eure Schwierigkeiten, aber so wie es jetzt läuft darf es nicht mehr weitergehen

Wir sehen das bei Euch viele in Not sind, nur das ist bei uns auch der Fall. Das ist doch keine Ost/Westfrage. Laßt uns das doch zusammen ändern, die Lebensverhältnisse haben sich doch so massiv verschlechtert, das eine Antwort unsererseits überfällig ist. Nur wird niemand Hoffnungen in die Herrschenden aus CDU/SPD/FDP/GRÜNE/PDS setzen dürfen, diese Leute bilden doch inzwischen samt ihrem Anhang zu dem auch die DGB-Bonzen gehören, eine "feudale Kaste". Seht Euch die Verschwendung an, seht wie empört sie auf immer höhere Gelder für sich pochen weil sie ja angeblich so hart arbeiten müssen. Wie man jetzt erfährt werden solche Gelder z.B. zum beschäftigen von Dienstboten genutzt, andere die sich als Sozialisten bezeichnen besorgen sich eine relativ preiswerte Wohnung über ihre Bundestagsmöglichkeiten. Diese Leute sind so abgehoben von der Normalbevölkerung das man nur darauf wartet das sie sagen, "wenn ihr kein Brot habt, dann esst doch Torte".

Kollegen , andere Menschen die Ihr diese Verhältnisse nicht erträgt, laßt uns Möglichkeiten suchen um das zu ändern. Laßt uns Strukturen schaffen um effektiv für ein besseres Leben kämpfen zu können, die vorhandenen scheinen weitestgehend von der oben beschriebenen "Kaste" kontrolliert zu sein.

Nur eins muß auch klar sein, **WIR** sind alle Nationalitäten und alle Hautfarben, und es gibt keinen vernünftigen Grund warum es anders sein sollte.